Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Abend-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 101. **Berlin, Montag den 24. März 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 24. März.

Unter dem 21. März ist dem Bundesrath ein Antrag Baierns zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der §§ 30 und 33 der Gewerbeordnung, dessen wir bereits vor einiger Zeit Erwähnung thaten, überreicht worden. Nach diesem Antrage soll dem obigen Gesetze ein Paragraph beigefügt werden, welcher folgende Fassung erhält: An Stelle der §§ 35 und 38 der Gewerbeordnung treten für die Pfandleiher folgende Bestimmungen:

„Wer das Geschäft eines Pfandleihers betreiben will, bedarf dazu der polizeilichen Erlaubniß. Diese ist zu versagen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun. Die Zentralbehörden sind befugt, Vorschriften über den Geschäftsbetrieb und den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen der Pfandleiher zu erlassen und zu bestimmen, daß in Ortschaften, für welche dies durch Ortsstatut (§ 142) festgesetzt wird, die Erlaubniß zum Geschäftsbetrieb von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein solle. Diese Bestimmungen gelten gleichmäßig für die Rückkaufshändler."

Dieser gewiß von allen Seiten freudig begrüßte Antrag ist für das wirthschaftliche Leben des Volkes von so eminenter Bedeutung, daß wir nicht umhin können, den Wunsch auszusprechen, daß dieser Antrag recht bald zum Gesetz erhoben werden möge. Wir können es uns daher auch nicht versagen, die Motive, welche, an der Hand der Praxis, aus der Seele jedes, die jetzigen Verhältnisse tief beklagenden Mannes gesprochen sind, näher zu erwähnen.

Seit Einführung der Gewerbeordnung haben, wie die Begründung des Antrages ausführt, die Privatleihanstalten in Baiern, besonders in München, nach Zahl und Geschäftsumfang eine höchst bedenkliche Ausdehnung gewonnen; zugleich werden dieselben, begünstigt durch die Beseitigung aller Zinsbeschränkungen, in einer Weise betrieben, welche zum wirthschaftlichen Verderben des mit ihnen verkehrenden Publikums führen muß. Bis zum Jahre 1873 bestanden in München gar keine Privatleihanstalten, im ersten Jahre der Wirksamkeit der Gewerbeordnung wurden deren 46 errichtet; diese Zahl stieg 1874 auf 60, 1875 auf 78, 1876 auf 104 und 1877 auf 149. Die Summe der auf die Pfänder gegebenen Darlehne wuchs von 1,313,959 ℳ. im Jahre 1875 auf 3,254,122 ℳ. im Jahre 1877. An Zinsen wurden durchschnittlich 10 ₰ pro Monat genommen. In ähnlicher Weise — fahrt die Begründung fort — haben sich die Privatpfandleihgeschäfte in anderen Städten vermehrt. (In Berlin sind dieselben wie Pilze aus der Erde gewachsen; Leute, die eine wenn auch kleine Summe disponibel haben, ziehen der Arbeit den leichten Verdienst des Rückkaufshändlers vor.) Dabei hat sich gezeigt, daß Leute von sehr laxer Geschäftsmoral, welchen gerade nicht Verbrechen oder Vergehen wider das Eigenthum vorzuwerfen sind, sich dieses lukrativen und mühelosen Geschäfts bemächtigen. Die bairische Regierung ist nun der Ueberzeugung, daß nur durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmung der Gewerbeordnung zweckmäßig Abhülfe geschaffen werden könne.

Die Feier des **Geburtstages** Sr. Majestät ist seitens des Allerhöchsten Hofes und der fürstlichen Gäste sowie einer zahlreichen geladenen Gesellschaft aus den höheren Gesellschaftskreisen am Sonnabend Abend mit einer Soirée im königlichen Palais beschlossen worden, auf welcher Se. Majestät der **Kaiser** zufolge der ärztlicherseits gebotenen Schonung indeß nicht erschienen ist. Allerhöchstderselbe hatte am Nachmittage mit Ihrer Majestät der Kaiserin, der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg und den Badenschen Herrschaften im Palais gespeist, während die große Familientafel im kronprinzlichen Palais gegeben wurde. Die Auffahrt der Mitglieder des Königshauses und der als Gäste anwesenden deutschen Fürsten und Fürstinnen dorthin geschah in Galaequipage. Die Pferde derselben zeigten sämmtlich rothdurchflochtene Mähnen, — nur die Wagenpferde Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl kornblumenblau —, die vor dem Palais hinter einander aufgefahrenen Wagenstaffeln gewährten so einen überaus stattlichen Anblick.

An der gleichzeitig stattfindenden **Marschall-Tafel** — diesmal in der neuen Gallerie des königlichen Schlosses — an welcher die gesammten Hofstaaten Theil nahmen, brachte der Oberst-Kämmerer Graf **Redern** folgenden Toast auf Se. Majestät aus:

„Wenn ich heute das Wort ergreife, so geschieht es zunächst im Gefühl des innigsten und wärmsten Dankes gegen Gott, der unsern geliebten Hohen Herrn, den Kaiser und König, so wunderbar schützte und behütete.

Der Allmächtige Vater möge aber auch ferner über ihn mit Seiner Gnade walten, auf daß er in alter gewohnter Kraft und Frische sein schweres Tagewerk weiter führe zum Heil und Segen des Gesammt-Vaterlandes, zu unser Aller herzinnigsten Freude und Wonne!

Hoch lebe Kaiser Wilhelm!

Von **außerhalb** liegen außer einer längeren Reihe von brieflichen Mittheilungen, die wir des beschränkten Raumes wegen nur zum sehr geringen Theil zum Abdruck bringen können, noch folgende Telegramme vor:

München, Sonntag 23. März, Morgens. (W. T. B.) An dem gestrigen Festbanket zu Ehren des Geburtstages Sr. Majestät des **Kaisers** nahmen die Minister v. Pfretzschner, v. Lutz, v. Pfeufer und v. Riedel Theil. Nach den Toasten auf den König von Baiern und auf den Kaiser brachte Prof. Carrière ein Hoch auf den Fürsten Bismarck und den Feldmarschall v. Moltke aus und gedachte dabei auch des vor Kurzem dahingeschiedenen Feldmarschalls v. Roon. Förster toastete auf das in geeinigter Kraft dastehende Deutsche Reich.

Petersburg, Sonnabend 23. März. (W. T. B.) Das gestrige **Festmahl der hiesigen deutschen Kolonie** zu Ehren des Geburtsfestes Sr. Majestät des Deutschen Kaisers verlief in der gewohnten glänzenden und feierlichen Weise. Der deutsche Botschafter, General v. **Schweinitz**, welcher sich direkt von der im Winterpalais zu Ehren des **Kaiser Wilhelm** stattgehabten Festtafel in die Festversammlung begeben hatte, brachte — wie herkömmlich — den ersten Toast auf den Kaiser von Rußland aus, der folgendermaßen lautete:

„Je länger ich das ehrenvolle Amt verwalte, als dessen Träger ich auch heute in Ihrer Mitte erscheine, um so mehr wächst meine Verehrung für den erhabenen Monarchen dieses großen Reichs. Ich wünschte, daß meine Beredtsamkeit in gleicher Weise zunehme, um dieser Verehrung vollendet Ausdruck zu geben, und ich wünschte, daß meine Stimme laut genug wäre, um auch draußen von jenen vernommen zu werden, **die sich vermessen, an der Freundschaft zu rütteln, welche den Kaiser, dessen Wohl ich jetzt auszubringen die Ehre habe, mit dem unserigen verbindet.** Jene würden dann einsehen, daß ihr Beginnen ein vergebliches und daß diese Freundschaft so fest ist wie immer, ja fester als je! Se. Majestät der Kaiser Alexander lebe hoch!"

An diesen enthusiastisch aufgenommenen Toast schloß sich die eben so begeistert aufgenommene Festrede auf Se. Majestät den Kaiser Wilhelm, auf welche weitere Toaste auf Se. kaiserl. und königl. Hoheit den Kronprinzen, den Fürsten Bismarck, den Grafen Moltke und auf das deutsche Heer folgten.

Die **Deutsche Kolonie** in Paris feierte den **Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers** mit einem glänzenden Bankett in der Botschaft und mit einer im Hotel Continental abgehaltenen Liedertafel des Gesangvereins „Teutonia", an welche letztere sich ein bis zum späten Morgen währender Ball anschloß. Auf dem Bankett brachte Fürst **Hohenlohe** einen diesmal, wie die Umstände mit sich brachten, ernst gefärbten und ergreifenden Toast auf den allverehrten Monarchen aus. Der Botschafter erinnerte an die jedem Hörer noch gegenwärtigen Zwischenfälle des vergangenen Jahres und schloß mit dem Wunsche, daß der Himmel die Tage des Heldenkaisers „bis an die äußersten Grenzen menschlicher Lebensdauer" verlängern möge. Von fremden Gästen wohnten dem Festmahle der ehemalige Gesandte am Darmstädter Hofe, Fürst Lynar, und die Berliner Schriftsteller Ludwig Pietsch und Georg Horn bei. Der Gesangsabend der Teutonia vereinigte eine Gesellschaft von 400 bis 500 Personen und die von Herrn J. Offenbach (einem Namensvetter des Komponisten) dirigirten Liedervorträge, die einen wesentlich patriotischen Charakter trugen, unterhielten die festliche Stimmung.

Wie hiesige Blätter berichten, hat die Mehrzahl der Mitglieder des Reichstags aus dem **Königreich Sachsen** am Sonnabend ihrem Landesherrn im hiesigen königlichen Schlosse die Aufwartung gemacht. Se. Majestät hat die Herren überaus freundlich empfangen und seine besondere Genugthuung über die wohlwollenden Absichten des Fürsten Bismarck für den Handel und die Industrie des Königreichs Sachsen ausgesprochen.

Se. Majestät der **König von Sachsen** hat am Sonnabend die **Deutsche Molkerei-Ausstellung**, geleitet vom Landwirthschafts-Minister, Dr. **Friedenthal**, und dem Komité, in Augenschein genommen und sich sehr befriedigt über das Gesehene geäußert. — Zum Schlusse entsprach Se. Majestät der Bitte, einige Proben deutscher Butter und deutscher Käse zu kosten.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin hat dem **Zentralkomité der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger** eine ebenso sinnige als angenehme, die Mitglieder des Komités tief berührende Ueberraschung bereitet, indem Allerhöchstdieselbe in Ihrer bekannten huldvollen Theilnahme für die Bestrebungen der Vereine unter dem Rothen Kreuz in aller Stille, ohne irgend eine Andeutung, den im königlichen Hausministerium belegenen Sitzungssaal des Zentralkomités einer vollständigen Neugestaltung unterwerfen ließ. Das unscheinbare, und sagen wir es offen, nichts weniger als komfortable Sitzungszimmer zeigt sich nunmehr in einer soliden, ernsten und würdevollen, dem Zwecke entsprechenden Einrichtung und Ausstattung.

Der Wunsch Ihrer Majestät, das Zimmer am 22. März, dem Geburtstage unseres allgeliebten, hochverehrten Kaisers fertig gestellt zu sehen, um es dem Zentralkomité übergeben zu können, spricht so beredt für sich, daß es nur nöthig sein wird, hervorzuheben, daß das Zentralkomité den Gedenktag dieser Festesgabe stets als einen Doppelfesttag begehen wird.

Bei der Neugestaltung des Zimmers ist der Renaissancecharakter in der stylvollsten Weise zum Ausdruck gebracht, und die gegenseitig harmonische Abstimmung der Farben verleiht dem Beschauer sofort beim Eintritt ein ungemeines Behagen, das sich bei näherer Betrachtung der Details steigert. — Die Wände sind mit einem 1,20 Meter hohen Holzpaneel bekleidet, die eigentlichen Wandflächen darüber in entsprechend symmetrischen Feldern mit eichenen Rahmen getheilt, welche mit einer imitirten, in Oel und Wachsfarbe gestrichenen Stofftapete bespannt sind. Der Grundton derselben ist röthlich braun, das Muster in hellerer Farbe aufschablonirt. Eine dunkelblaue Bordüre mit aufschablonirtem Goldmuster giebt dem Ensemble einen höchst wirkungsvollen Effekt. Die Wandflächen schließt ein in Oel und Wachsfarbe gemalter Lorberfries, bis unter das Voutengesims reichend, ab.

Während an der Wandfläche gegenüber dem Eingang in das Zimmer das preußische Wappen in gut getroffenen Farbentönen entgegentritt, sind in dem Friese sämmtliche Wappen der deutschen Bundesstaaten angebracht.

An den Wandflächen rechter Seite sind zwei zu der ganzen dekorativen Ausstattung in harmonischen Verhältnissen stehende Tafeln plazirt, auf deren Fläche die Namen der Mitglieder des Zentralkomités verzeichnet stehen.

Das Mobiliar der Zimmer ist mit hohem Geschick und künstlerischem Verständniß dem Raume und dem Zwecke, sowie der baulichen Ausstattung angepaßt. Die Mitte des Zimmers nimmt ein halbrunder, sogen. Diplomatentisch, mit grünem Tuch überzogen, ein, um denselben stehen 16 antike eichene Stühle, Sitz und Rückenlehne gepolstert und mit russisch-grünem Leder überzogen. Eine ebenso geschmackvolle als stylgerechte Gaskrone von Messing hängt in der Mitte des Zimmers von der Decke herab. Auf einer rundherumlaufenden Estrade befinden sich an den Wänden komfortable Ruhebänke, welche konform mit den Stühlen ausgestattet sind. Sämmtliches Mobiliar ist in Eichenholz gefertigt, die Fenster schließen grüne Vorhänge von schwerem Stoff ab.

Eine festliche Einweihung dieses durch kaiserliche Munificenz ausgestatteten Sitzungszimmers ist, wie wir hören, für die in nächster Zeit stattfindende Sitzung des Zentralkomités aufgespart.

Dem **Bundesrath** ist unter dem 19. März ein **Bericht des Ausschusses für Handel und Verkehr** vorgelegt, welcher eine Meinungsverschiedenheit des Reichskanzler-Amts und der großherzoglich oldenburgischen Regierung über die Bestreitung der Kosten der vom Bundesrath beschlossenen Aufstellung eines **Weser-Korrektionsplanes** betrifft. Diese Angelegenheit datirt bereits in ihren Anfängen aus dem Jahre 1871. Unter dem 12. Januar 1878 richtete der Reichskanzler ein Schreiben an den Ausschuß für Handel und Verkehr, welches die Vorgänge registrirt und erklärt, daß in Folge der von der technischen Kommission des Reichs behufs Ausarbeitung des Korrektionsplanes geforderten 10,000 ℳ die betheiligten drei Regierungen hierüber benachrichtigt seien, daß Preußen und Bremen demzufolge Verhandlungen geführt haben, daß dagegen Oldenburg sich nicht damit einverstanden erklärt habe. Diese Regierung meint vielmehr, daß die Kosten aus Reichsmitteln zu bestreiten sein würden. In dem Schreiben des Reichskanzlers wird die von der oldenburgischen Regierung gegebene Auffassung nicht getheilt und daher ausgesprochen, daß diese Meinungsverschiedenheit durch den Bundesrath auszutragen sein wird, daß demnächst der Ausschuß eine Beschlußfassung des Bundesrathes herbeiführen möge, dem Antrage der oldenburgischen Regierung nicht zu entsprechen.

Die Mehrheit im Ausschusse entschied sich gegen die Auffassung der großherzoglichen Regierung, wenn auch zum Theil aus verschiedenen Gründen. Von der Majorität trennte sich eine Minorität von zwei Stimmen. Der Bevollmächtigte der großherzoglichen Regierung regte die Zuziehung des Verfassungsausschusses an. Dies fand jedoch keine Unterstützung, und so beantragte der Ausschuß in seiner Majorität, daß Oldenburg gemeinsam mit Preußen und Bremen die Kosten der Aufstellung eines Weser-Korrektionsplanes zu bestreiten habe.

Die **deutsche Sozialdemokratie in London** hat am 20. d. daselbst an einem Meeting theilgenommen, auf welchem Hr. Most, Berliner Angedenkens, unverhüllt diejenige Sprache führte, welche seine Gesinnungsgenossen im Reichstage theils aus taktischen Gründen, theils um der parlamentarischen Disziplin willen, sich versagen müssen. Einem Bericht der „Times" zufolge fand das Meeting in der Halle der Co-operative Institution in Castle Street, Oxford-Street als Meeting der **deutschen, französischen und englischen Sozialdemokraten** statt, um deren Sympathien mit den verbannten Kommunemitgliedern von 1871, welche von der französischen Regierung nicht begnadigt worden sind, auszudrücken. Beim Beginn der Verhandlungen waren etwa 400 Menschen anwesend, worunter etliche 30 Frauen, einige derselben mit ihren Säuglingen; den Vorsitz führten der Engländer James Murray und ein Deutscher, Namens Kaufmann. Hr. Most stellte den ersten Antrag:

daß die Vertheidiger der Prinzipien der Revolution von 1848 der Freiheit, Unabhängigkeit und Zivilisation hervorragende Dienste geleistet und der Dank aller guten Menschen jenen Sozialdemokraten gebühre, welche sich der Vollendung jenes großen Werkes gewidmet.

Die nahezu eine Stunde währende Rede Most's wurde von [illegible] anwesenden Deutschen auf's lebhafteste beklatscht. Das deutsche Volk, meinte der Redner, habe aus jener Revolution Lehren gezogen und die sozialdemokratische Partei gegründet. Sodann wurden die von der deutschen Regierung zur Unterdrückung der Partei ergriffenen Maßregeln auf's schärfste verurtheilt. **Tausende seien aus Berlin ausgewiesen worden (!!)**, weil sie ihre Meinung über jene unpopulairen Maßregeln ausgesprochen. Auf die Pariser Kommune und den Versuch der Versailler, der Pariser Arbeiterbevölkerung die Waffen zu entreißen, übergehend, bemerkte Most, daß **dies der erste Versuch der arbeitenden Klasse gewesen sei, für die wirklich unabhängige Existenz des Proletariats zu kämpfen.** Ein Herr Louis Weber, welcher die Resolution unterstützte, bemerkte, daß die Sozialdemokraten sich nicht dem Glauben hingeben, durch Ermordung eines Kaisers oder Königs ihren Prinzipien Geltung verschaffen oder durch Erschießung eines einzelnen Kapitalisten den Sieg über das Kapital erringen zu können. Ihr Ziel müsse die Abschaffung der Privilegien und Monopole und die Einsetzung der Arbeit als „Nummer Eins" sein. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf ein Gesangverein die Lassalle-Marseillaise und ein Lied: „Freiheit" vortrug. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche die **Sympathien der Versammlung für die Opfer der 71er Commune** ausdrückte. —

Bekanntlich sind nicht „Tausende", sondern **noch nicht hundert** Sozialdemokraten aus Berlin ausgewiesen worden. Eine beredtere Motivirung dieser Maßregel als durch die Most'sche Interpretation **der wahren Sozialdemokratie** kann wohl kaum erbracht werden. Es wird angezeigt sein, auch von den „**guten Revolutionairen**" des Herrn Most Kenntniß zu nehmen.

Aus Petersburg, 21. März, wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen über das, was in der ostrumelischen Frage geschehen soll, dauern fort und gehen von Kabinet zu Kabinet. Rußland will lediglich eine Vermeidung neuer Konflikte. Es ist von höchster Stelle aus Lord Dufferin gegenüber kein Zweifel darüber gelassen worden, daß Rußland keine Desiderien außerhalb des Rahmens der Berliner Vereinbarungen hat. Diese Vereinbarungen sind eben geschaffen, um Konflikte zwischen der für Ost-Rumelien herzustellenden Regierung, dem Generalgouverneur und der Bevölkerung zu vermeiden. Ost-Rumelien soll eben anders regiert werden, als gewöhnlich türkische Provinzen regiert zu werden pflegen. Diese eximirte Stellung Ost-Rumeliens basirt auf dem Berliner Vertrage. Daß nach dem Abzuge der russischen Truppen nicht durch ev. Herbeiziehung der türkischen Uniform Konflikte entstehen, ist die Sorge der Mächte. Von Neuem tauchen die alten Auskunftsmittel auf — gemischte Okkupation oder Besetzung durch einen neutralen Staat. Ueber diese Dinge werden die Meinungen ausgetauscht. Der Meinungsaustausch geschieht ohne jede Leidenschaft, denn jede Macht hat wohl das Interesse, neue Verwicklungen zu verhüten. Das russische Interesse ist darin kaum ein anderes als das englische. Man möchte bei dem jetzigen Stande der Dinge meinen, daß die gemischte Okkupation wohl wieder ernstlich in den Vordergrund tritt.

Einer dem kaiserlichen Gesundheitsamt zugegangenen Meldung des in Wetljanka befindlichen Arztes Dr. Sommerbrodt zufolge ist daselbst am 21. d. M. **ein neuer Pestfall** konstatirt worden.

Rundschau im Auslande.

Je näher der Zeitpunkt heranrückt, bis zu welchem die auf **Ostrumelien** bezüglichen Festsetzungen des Berliner Vertrages in Kraft treten sollen, desto ernster faßt man **russischerseits** die Situation ins Auge, die der Berliner Vertrag dem südlich der Balkanlinie belegenen Theil Bulgariens zugedacht hat. Das „Journal de St. Petersbourg", das bekanntlich in dem Rufe steht, das diplomatische Sprachrohr der Staatsmänner am Newastrande zu sein, unterzieht in einer seiner letzten Nummern die ostrumelische Angelegenheit im Hinblick auf neuerliche Kundgebungen auswärtiger Preßorgane einer Besprechung. Das Blatt wirft die Frage auf, was und wie geartet die Bürgschaften seien, die Europa nach erfolgter buchstäblicher Durchführung der einschlägigen Berliner Vertragsbestimmungen von Seiten Rußlands, für die Verwirklichung seiner Reformideen in Ostrumelien sowohl als auch in den übrigen Provinzen des ottomanischen Reiches anrufen könne? Wie die Sachen liegen, so hält das „Journal" es für möglich, daß nicht nur die Intentionen Europas unberücksichtigt bleiben, sondern selbst die formell lautenden Vertragsbestimmungen leichtlich umgangen werden dürften. Bekanntermaßen betraut Art. 15 des Berliner Vertrages mit Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Ostrumelien eine ad hoc zu schaffende inländische Gendarmerie unter Beihülfe einer Lokalmiliz. Art. 16. desselben Vertrags aber räumt dem Generalgouverneur das Recht ein, für den Fall, daß die innere oder äußere Sicherheit der Provinz „bedroht" erscheinen sollte, ottomanische Truppen ins Land zu ziehen, mit der Verpflichtung für die Hohe Pforte, von dieser Maßregel, sowie ihren Beweggründen den in Konstantinopel beglaubigten Vertretern der Mächte Kenntniß zu geben.

Gegen den Inhalt dieser Bestimmungen richtet nun das „Journal de St. Petersbourg" eine Kritik, die in dem Satze gipfelt, daß die Intentionen beider Artikel einander paralysirten und den Keim schwerwiegender Bedenken in sich schlössen. Vergebens habe Rußland auf dem Berliner Kongreß diese Bedenken signalisirt und auf ihre Beseitigung gedrungen, sei es, indem man das Einrücken türkischer Truppen von der Zustimmung aller Mächte abhängig mache, oder in Ablehnung dieses Vorschlages, die Vollziehung des Vertrages kontroliren und überwachen lasse. In der nachträglichen Ausfüllung der vom Kongreß gelassenen Lücken erblickt das St. Petersburger Blatt den einzigen Weg, auf welchem eine gründliche Pazifikation erreicht und eine abermalige Störung des Weltfriedens vom Orient her hintenangehalten werden könne. Denn wenn Ostrumelien nur um den Preis der Fernhaltung türkischen Militairs zu beruhigen sei, wie der Kongreß in Art. 15 verkündigt habe, so dürfe man sich wegen der Erfüllung dieser wesentlichen Bedingung nicht auf den guten Willen oder die Einsicht des ottomanischen Gouverneurs allein verlassen. Mit andern Worten, das Blatt möchte das Perfektwerden der Eventualität einer Hereinziehnng ottomanischer Truppen nach Ostrumelien von der Zustimmung noch anderer Faktoren abhängig gemacht wissen.

„Sobald — heißt es am Schlusse des qu. Artikels — der Gouverneur von Ostrumelien nicht mehr aus eigener alleiniger Machtvollkommenheit den Ruf an die ottomanischen Truppen ergehen lassen kann, wird er überhaupt darauf verzichten lernen, zu Nutz und Frommen aller Welt — auch des türkischen Staatsschatzes."

Einstweilen hat, wie erinnerlich, die **bulgarische** Nationalversammlung sich der Aufgabe unterzogen, die Mächte „außerparlamentarisch" von ihren und der Rumelioten Wünschen in Kenntniß zu setzen; auf Veranlassung der russischen Regierung hat Fürst Dondukow jedoch die Abgeordneten daran erinnert, daß sie dazu nicht nach Tirnova berufen worden sind. Dem „Pester Lloyd" wird dazu aus Tirnova telegraphirt:

„In der Sitzung vom 18. ging es stürmisch her, weil das Komité das Memorandum an die Mächte nicht vorlegte. Am folgenden Tage sollte dieses Memorandum diskutirt werden. Bevor jedoch die Tagesordnung begann, wurde ein Telegramm des Fürsten Gortschakow an den Fürsten Dondukow verlesen. Darin werden die Bulgaren an ihre Pflicht erinnert und wird ihnen gesagt, sie müßten sich innerhalb der Grenzen halten, die ihnen der Berliner Vertrag vorgezeichnet. Sodann verlas Lukianoff ein Telegramm Dondukoff's mit der Erklärung, daß **die Versammlung inkompetent zur Berathung des Memorandums an die Mächte sei** und die gestrige Diskussion hierüber illegal gewesen wäre. Darauf folgte ungeheurer Lärm und Widerspruch, die Sitzung mußte unterbrochen werden, schließlich jedoch stimmten selbst die Radikalen dafür, daß über das organische Statut berathen werde. Dasselbe wurde verlesen und steht somit auf der Tagesordnung."

Der „Times" wird aus Tirnowa unterm 19. d. gemeldet:

„Die Unthätigkeit in der bulgarischen Nationalversammlung hat, wie es scheint, ihr Ende erreicht. Fürst Dondukow-Korsakow, der gestern Abend hierher zurückkehrte, sendete heute Morgen an die Konstituante eine Botschaft, worin er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß die Versammlung von dem ihr durch den Berliner Vertrag vorgezeichneten Verhalten abgewichen sei und sich mit Angelegenheiten, die ganz außerhalb ihrer Jurisdiktion lägen, beschäftigt habe. Er wünscht ernstlich, daß keine weitere Zeit vergeudet werde durch die Diskussion von Angelegenheiten, in Betreff deren die Konstituante nicht die Macht der Aktion, ja selbst nicht einmal ein Vorschlagsrecht besitze. Bei dem Empfange dieser Botschaft herrschte unter den Mitgliedern beträchtliche Aufregung, und es wurde bald klar, daß die ganze Idee von europäischen Deputationen und Memorialen durch die Note des Fürsten über Bord geworfen sei. Aus allen Theilen des Saales ertönten Rufe, daß unverzüglich mit der Verfassung vorgegangen werden solle. Es wurde ein dahin zielender Antrag gestellt und angenommen, und dann wurde der Sekretair zur Verlesung der Konstitution aufgefordert, die somit endlich, nach wochenlangen nutzlosen Diskussionen über die Einigung Bulgariens, der Versammlung formell vorgelegt worden ist."

Wie die „Presse" aus Tirnova erfährt, sollen die Bulgaren in Ost-Rumelien eine vom Nationalrathe in **Konstantinopel** gänzlich unabhängige **Kirchenverwaltung**, mit dem Sitze in Philippopel, erhalten. Fürst Dondukow-Korsakow werde sich ebenfalls nach Livadia begeben, um den Kaiser daselbst zu begrüßen.

Nach einer der „Pol. Corr." aus Konstantinopel zukommenden Meldung ist der ostrumelische Finanzdirektor Schmidt, angesichts der fortgesetzten drohenden Haltung des Volkes in Slivno, trotz der vom General Stolypin zu seinem Schutze getroffenen Maßnahmen von dort abgereist und nach Philippopel zurückgekehrt.

In Adrianopel sind am 19. März zwei Bulgaren die Opfer eines Raubmordes geworden. In Folge dessen verbreiteten sich beunruhigende Gerüchte unter der bulgarischen Bevölkerung, welche den Vorfall mit dem angeblichen Ausbruche türkischen Fanatismus nach dem Abzuge der Russen in Verbindung brachten. Reouf Pascha hat sofort die umfassendsten Erhebungen und gleichzeitig Vorsichtsmaßregeln angeordnet.

Weiter bringt die „Pol. Corr." ein längeres Schreiben aus Sofia vom 12. d., welches sich mit der Agitation der Bulgaren die Fürstenwahl zu hintertreiben beschäftigt, und die Adressen mittheilt, die aus diesem Anlaß an die Nationalversammlung gerichtet werden. Es heißt in dem Briefe:

„Es wird jedenfalls einer nicht gewöhnlichen Pression von russischer Seite bedürfen, um die Notabeln-Versammlung in Tirnova zu bewegen, diesen Adressen zum Trotz zum Wahlakte zu schreiten. Selbst aber in diesem Falle dürfte am 3. Mai, diesem äußersten für den Abzug der russischen Truppen gestellten Termine, noch immer der bulgarische Fürstenthron unbesetzt sein. Die Vertagung der Wahl ist zum politischen Dogma geworden, welches überall, selbst in der Notabeln-Versammlung, respektirt werden wird.

Der erste und wohl entscheidende Grund für diese Agitation liegt in der Annahme, daß die in Ost-Rumelien erwarteten Ereignisse den bulgarischen Unifikationsbestrebungen zum raschen Siege verhelfen dürften. Wie in russischen Kreisen verlautet, ist Europa durchaus nicht geneigt, die auf die Besetzung der Balkanpässe durch türkische Truppen bezügliche Bestimmungen des Berliner Vertrages fallen zu lassen. Es steht aber schon jetzt fest, daß der im April zu gewärtigende Anmarsch der türkischen Bataillone einem erbitterten Widerstande begegnen wird. Mit Rücksicht auf diese Eventualität haben bereits drei russische Generale bulgarischer Nationalität um ihre Entlassung gebeten und ihre Dienste den Bulgaren angeboten. Aus Bulgarien dürften so viele wohlorganisirte, mit den neuesten Waffen versehene Legionen nach Ost-Rumelien aufbrechen, als es dort Turnvereine giebt, die jetzt faktisch reine Werbebüreaus sind. Man kann rechnen, daß aus Bulgarien mindestens 24,000 Mann nach Ost-Rumelien eilen werden, welches selbst über 14,000 Mann tüchtig eingeübte Milizen verfügt. In Erwartung des fast unvermeidlichen Kampfes widerstrebt es den Bulgaren, schon jetzt einen Fürsten zu wählen. „Zuerst die Union und dann der Fürst!" — so lautet die Losung, welche von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf fliegt, ohne zu bedenken, (?) daß diese Sachlage selbst das Fürstenthum Bulgarien, wie es der Kongreß geschaffen, leicht gefährden könne."

Wie ein oben mitgetheiltes Schreiben aus St. Petersburg in den Vordergrund stellt, sind die Mächte in Verhandlungen begriffen, um dem Ausbruche der vorstehend angekündigten Konflikte vorzubeugen.

Die Wiener „Presse" übernimmt es, in einem Bericht aus Pirot vom 10. d. M. die Ausstreuung englischer Blätter zu widerlegen, daß **österreichische** Agenten in Macedonien einen neuen Aufstand anfachen. Im Distrikt von Novibazar scheint ein solcher thatsächlich in der Vorbereitung begriffen zu sein. Wenigstens wird aus Foca der „Bosnischen Korrespondenz" gemeldet, daß der Mufti von Taschlidsche, nahe der bosnischen Grenze, an